

unserer Partei auf die Grundfrage unserer nationalen Politik, des Kampfes und der Sammlung aller fortschrittlichen Kräfte für die nationale Einheit Deutschlands. Es ging weiter darum, die dem Klassenfeind dienende und parteizersetzende prinzipienlose Diskussion zu beenden und die Partei als Ganzes auf die entscheidenden ideologischen Fragen auszurichten, wie sie in der Resolution der 14. Tagung des Partei-Vorstandes der Kommunistischen Partei Deutschlands Umrissen sind.

Mit Hilfe des Sekretariats des Parteivorstandes der KPD und der aktiven Unterstützung des Sekretariats, insbesondere des Genossen Max Reimann, haben wir wichtige Schritte nach vorwärts getan, um die Partei auf die grundsätzliche Politik auszurichten und die vorhandenen Fehler, Mängel und Schwächen in der Parteiarbeit zu beseitigen.

Unsere Aufgabe bestand und besteht darin, die bis dahin vernachlässigte Politik der Nationalen Front des demokratischen Deutschland am Beispiel der Deutschen Demokratischen Republik in der Presse stärker zu entwickeln, in Versammlungen der schaffenden Bevölkerung zu erläutern und in großzügigen Flugblattaktionen die Idee des Kampfes für die Einheit und des Zusammenschlusses aller Deutschen an der Saar zu verstärken.

Besonders bedeutungsvoll für den nationalen Kampf an der Saar war der 1. Mai. Neben roten Fahnen wurde zum ersten Male die schwarz-rot-goldene Fahne in Neunkirchen und in Saarbrücken in der Demonstration mitgeführt. (Beifall.) Mit Beifall begrüßte die Bevölkerung die schwarz-rot-goldene Fahne. Die Polizei provozierte in Zusammenarbeit mit dem Saarbataillon mehrere Zwischenfälle und versuchte, die schwarz-rot-goldene Fahne aus der Demonstration zu entfernen. Dreizehn Arbeiter sind auf Grund dieser Polizeiprovokation unter Anklage des Landfriedensbruches und des Widerstandes gegen die Staatsgewalt gestellt worden. (Pfeirufe.) Die Partei bezeichnet diesen Prozeß, der demnächst stattfinden wird, als den Prozeß gegen die Fahne der deutschen Einheit. Wegen dieser Erklärung hat der sozialdemokratische Ministerialdirektor Kunkel in Vertretung des stellvertretenden Innenministers Dr. Hector unsere Parteizeitung, die „Neue Zeit“, verboten.

Nach dem 1. Mai erfolgte ein allgemeines Verbot der Versammlungstätigkeit für die Kommunistische Partei und für die Freie Demokratische Jugend. In Flugblattaktionen und im Anbringen von Losungen in verschiedenen Versammlungen anderer Organisationen wurde